



Vorlage Nr. 25-O-01-0007

Tagesordnungspunkt 8

der öffentlichen Sitzung des Ortsbeirates des Ortsbezirkes Wiesbaden Mitte am 26. Juni 2025

Umgestaltung Schlossplatz

Antrag der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Der Ortsbeirat bittet den Magistrat um Auskunft über die Planungen zur Umgestaltung des Schlossplatzes (Sachstandsbericht). Insbesondere erinnert den Ortsbeirat an den Beschluss Nr. 0004 vom 1. Februar 2024, in dem der Magistrat um Mitbeteiligung des Ortsbeirates zu den Planungen der Bauphasen 2 und 3 gebeten wurde. Eine Antwort ist dem Ortsbeirat bislang nicht zugegangen.

Im Beschluss heißt es unter 1 a: „Welche dem Klimanotstand Rechnung tragenden Alternativen gibt es zu den bisher vorgelegten Bodenbelägen?“ Der Ortsbeirat bittet um Auskunft, inwiefern die Planungen zur Umgestaltung auch die klimatischen Anforderungen berücksichtigen.

Begründung:

Der Wiesbadener Presse (WK, 12.3.2025) war zu entnehmen, dass weitere Diskussionen mit dem Landtag im Gang sind. Aus diesem Grund konnte auch mit Phase 1 noch nicht begonnen werden.

Nach der Fällung der Bäume ist der Platz im Moment kahl, wenn auch nicht versiegelt. Ein etwas unbeholfen wirkendes Bauzaundreieck informiert auf peinlichen, dem zentralen Ort der Landeshauptstadt unangemessenen Plastikplanen mit immer gleichen Computeranimationen über die Planungen, auf denen zu erkennen ist, dass fast die gesamte Breite des Platzes bis auf Baumreihen rechts und links versiegelt werden soll, damit Großveranstaltungen wie Sternschnuppenmarkt und Weinfest darauf stattfinden können.

Dafür nimmt man in Kauf, dass eine zentrale Fläche der Stadt versiegelt wird und somit eine neue Hitzeinsel entsteht, was im herben Kontrast zu den Bemühungen vieler Städte und Kommunen steht, durch Entsiegelung innerstädtischer Flächen dem Klimanotstand Rechnung zu tragen.

Es ist schon bemerkenswert, wie die Stadtoberen den Eindruck zu erwecken versuchen, an Bürgerbeteiligung bei der Gestaltung von Plätzen interessiert zu sein. Da gibt es eine sogenannte „Wiesbadener Öffentlichkeitsbeteiligung“, bei der Bürgerinnen und Bürger abstimmen können, wie z.B. der Wallufer Platz oder die Wiesbadener Friedhöfe gestaltet werden sollen.

Gleichzeitig läuft die Umgestaltung des zentralen Wiesbadener Platzes weitgehend lautlos und ohne Beteiligung selbst des zuständigen Ortsbeirates. Der darf sich Informationen aus der Wiesbadener Presse holen, obwohl er schon vor 1 ½ Jahren die Mitbeteiligung an den Planungen angemahnt hatte.

Immerhin sind wir die Bewohner der Innenstadt, doch entsteht der Eindruck, dass die Stadt, wenn es um wirtschaftlich und touristisch nutzbare Flächen handelt, an der Meinung der Bewohner nicht interessiert ist.

So verkommt der zentrale und repräsentative Schlossplatz mehr und mehr zum Veranstaltungsgelände vornehmlich für das Weinfest und den Weihnachtsmarkt. Vor 40 Jahren belegte das Weinfest nur den Schlossplatz, später wucherte es auf das Dernsche Gelände, sowie die Fläche zwischen Marktkirche und Kindergarten aus.

Und obwohl eigentlich Allen inzwischen bewusst sein sollte, dass gerade die Innenstädte dringend entsiegelt werden sollten, um wenigstens kleinflächig dem Klimawandel etwas entgegenzusetzen, denn nur Grünfläche mit Wachstumsmöglichkeiten für Pflanzen aller Art vermögen Flächen etwas abzukühlen, wird in Wiesbaden eine zentrale Grünfläche zugepflastert, damit die erwähnten Feste weiter auswuchern können.

Man rühmt sich, mit Bochumer Trögen eine Abwasserlösung gefunden zu haben, dass wenigstens das Regenwasser nicht sofort in die Kanalisation eingeleitet wird, sondern zu Bewässerung der neu zu pflanzenden Bäume eingesetzt werden kann, die übrigens wohl erst nach frühestens 10 Jahren die schattenspendende Größe der Werbegrafiken erreicht haben können. Das ändert jedoch nichts an der Tatsache, dass aus rein wirtschaftlichen Interessen und dem Klimanotstand Hohn sprechenden Gründen eine Fläche zugepflastert wird, und nur kleine Baumscheiben für die neuen Bäume freigehalten werden.

Der bundesweite Hitze-Aktionstag am 4.6., in dem deutlich die Entsiegelung von Flächen in Innenstädten zu Vermeidung von Hitzeinseln angemahnt wurde, sowie der Hitzeaktionsplan der Stadt Wiesbaden scheinen gegenüber den kurzfristigen wirtschaftlichen Interessen von geringerer Bedeutung zu sein. So ist laut den Plakatständern das Umweltamt nicht in die Planungen miteinbezogen.

Dieses Kind namens „Phase 1“ scheint in den Brunnen gefallen zu sein. Wir als Ortsbeirat sollten darauf drängen, dass klimarelevante Planungen in den nächsten beiden Bauphasen Berücksichtigung finden und auch die Belange der Stadtbewohner berücksichtigt werden.

Beschluss Nr. 0069

Antrag der Fraktion BÜNDIS 90/DIE GRÜNEN antragsgemäß beschlossen.

+

+

Verteiler:

Dezernat V z. w. V.

Dr. Haas
Ortsvorsteher